

Bericht des Gemeinderats

Postulat Carolina Aragón (PdA) 26. Oktober 2006: Notschlafstellen und Räume schaffen statt Menschen vertreiben oder: Wem gehört die Stadt? (06.000286)

In der Stadtratsitzung vom 7. Juni 2007 wurde die folgende Motion Aragón in ein Postulat umgewandelt und als solches erheblich erklärt, die Antwort des Gemeinderates als Prüfungsbericht jedoch abgelehnt.

Die heutige Drogenpolitik schafft, objektiv betrachtet, immer neue illegale, kriminalisierte, unerwünschte randständige Menschen und immer wieder neue Plätze an dem sich Dealer und Drogensüchtige sammeln.

Durch eine Vielzahl von Massnahmen werden viele von ihnen eingesperrt, per Strafurteil oder per psychiatrische Therapie oder mittels Fürsorgerischen Freiheitsentzugs. Andere werden immer wieder weg gewiesen, rückgeführt oder anderswie vertrieben, weil Randständige offenbar keinen Anspruch auf Raum in der Stadt Bern haben.

Mit dieser Politik wird vor allem eine Verschlimmerung, Verschärfung und Brutalisierung der Situation für diese randständigen Menschen produziert, insbesondere für die randständigen Drogenkonsumierenden. Wir sollten uns daher nicht wundern, dass sich immer wieder „offene Szenen“ bilden, auch in der Stadt Bern, vorzugsweise vor der Reithalle. Sobald jedoch die Behörden eine solche Szene mit diversen Vertreibungsaktionen wieder einigermaßen aufgelöst haben, betrachten Politikerinnen und Politiker das Problem als gelöst und wenden sich wieder einem andern Thema zu.

Vielleicht sollte die Politik endlich einmal begreifen, dass Rausch in dieser Gesellschaft nicht als Ausdruck von Lust, sondern als Überlebensstrategie gelebt wird. Dann würde sie vielleicht auch aufhören, die verschiedenen Institutionen, die in die Reithallen-Vorplatz-Dramaturgie involviert sind, gegeneinander auszuspielen und sie für unheilvolle Zwecke zu instrumentalisieren.

Dann würden wir wohl auch verstehen, was dieser Stadt in allererster Linie fehlt: Räume, strukturierte und unstrukturierte, für Männer und Frauen, die in unserm Stadtbild „stören“. Ein erster Schritt zur Schaffung solcher Räume müsste die Eröffnung einer städtischen Notschlafstelle bilden, welche unbürokratisch und niederschwellig betreten werden kann und allen Obdachlosen ganzjährig zur Verfügung steht. Auch fehlt ein Raum, in dem Leute, die mehrheitlich auf der Gasse Leben, sich treffen können ohne unter Konsumzwang zu geraten, sich im Sommer erfrischen und sich im Winter aufwärmen können.

In diesem Sinne wird der Gemeinderat beauftragt,

1. dem Stadtrat das Projekt einer ganzjährig geöffneten Notschlafstelle vorzulegen, die allen Obdachlosen möglichst unbürokratisch und niederschwellig offen steht
2. Räume zu schaffen, in denen die Leute, die auf der Gasse wohnen, sich treffen können ohne Konsumzwang, verweilen, sich erfrischen oder sich aufwärmen können.

Bern, 26. Oktober 2006

Motion Carolina Aragón (PdA), Daniele Jenni, Catherine Weber, Urs Frieden, Hasim Sancar, Karin Gasser, Myriam Duc, Anne Wegmüller, Stefanie Arnold, Franziska Schnyder, Ruedi Keller

Bericht des Gemeinderats

Die Ablehnung des ersten Prüfungsberichts wurde unter anderem damit begründet, dass es sich bei der fehlenden Notschlafstelle um Räumlichkeiten handelt, die nicht ausschliesslich von Drogenabhängigen benutzt würden, sondern auch von Personen, welche aus anderen Gründen in Not geraten sind (z. B. den letzten Zug verpasst haben).

In der Stadt Bern gibt es verschiedene Institutionen, welche für alle Personengruppen offen sind und ein unkomplizierter Eintritt möglich ist (Sleeper, Heilsarmee, Wohnen Bern etc.). Dies war auch in der ehemaligen Notschlafstelle für Drogenabhängige an der Hodlerstrasse der Fall. Die Stadt Bern will und kann aber nicht ein Auffangnetz für obdachlose Menschen aus der ganzen Schweiz oder dem Ausland sein. Eine kurzfristige Nothilfe wird auch für auswärtige Personen gewährt. Als langfristige Lösung stehen die Wohnangebote jedoch vorwiegend Menschen aus der Stadt Bern zur Verfügung.

Aus dem nun vorliegenden Schlussbericht zur Ende letzten Jahres durchgeführten Evaluation der Obdachlosen- und Wohnhilfe der Stadt Bern geht hervor, dass die Angebote der Institutionen, Einrichtungen und Dienstleistungen grundsätzlich den Bedarf decken. Das heisst, wenn jemand Unterstützung, Kontaktmöglichkeiten, Nahrung oder Übernachtungsmöglichkeiten sucht, stehen entsprechende Hilfsangebote zur Verfügung. Es wurde auch festgestellt, dass teilweise bewusst keine Hilfe in Anspruch genommen wird, um nicht die eigene Autonomie aufzugeben.

Handlungsdefizite liegen teilweise auf der strategischen Ebene. Beispielsweise sollten die regionalen Gemeinden vermehrt miteinbezogen und die verwaltungsinterne und direktionsübergreifende Vernetzung verbessert werden. Weiter ist die Anzahl der Liegenschaften zu erhöhen, welche für die Wohnhilfe genutzt werden können.

Ebenfalls im letzten Jahr hat der Gemeinderat das Strategiepapier "Suchtpolitik: Ziele, Schwerpunkte und Massnahmen 2007-2012" verabschiedet. Darin wurde festgehalten, dass eine zunehmende Anzahl schwerstsuchtkranker Menschen eine unzureichende Wohnkompetenz ausweist, um in bestehende Wohnangeboten aufgenommen zu werden oder ist nicht im Stande, die geltenden Hausregeln, insbesondere das Konsumverbot, einzuhalten. Damit diese Gruppe schwerstsuchtiger Menschen in das Wohnhilfeangebot eingebunden werden kann, muss das bestehende Angebot teilweise angepasst werden. Im Bereich Wohnen für Suchtmittelkonsumierende sind folgende Massnahmen vorgesehen:

- Zusammenführung mehrerer Wohnangebote in eine Liegenschaft und Schaffen zusätzlicher begleiteter Wohnplätze. Insbesondere müssen mehr Plätze zur Verfügung stehen, bei denen auch konsumiert werden darf und sich die Bewohnerinnen und Bewohner auch tagsüber darin aufhalten können. Mit der Zusammenführung verschiedener kleiner Angebote in eine grössere Institution wird eine kostenneutrale Umsetzung der Angebotsanpassung angestrebt. Die grösste Herausforderung wird sein, eine passende Liegenschaft zu finden.
- Einrichten von Plätzen für ältere abhängige Personen in bestehenden (Alters-) Einrichtungen.

Der Gemeinderat vertritt weiterhin die Haltung, kein niederstschwelliges Angebot bereit zu stellen, um die Attraktivität für zusätzliche Benutzerinnen und Benutzer nicht zu erhöhen. Aus den obigen Ausführungen geht hervor, dass das Thema Notschlafstelle nicht verdrängt, sondern die bestehenden Angebote optimal genutzt und zielgerichtet erweitert werden sollen. Der

Gemeinderat erachtet es daher auch nach einer weiteren Prüfung nicht für notwendig, ein spezielles Konzept für eine ganzjährige Notschlafstelle vorzulegen.

Dass eine Notlage jeden Menschen treffen kann, wird nicht bestritten. Daher soll der Zugang zu Wohnangeboten, sei es langfristig oder nur zur Überbrückung, einfach sein. Die Einhaltung gewisser Regeln bildet aber eine Voraussetzung.

Bern, 23. April 2008

Der Gemeinderat